



Plenarprotokoll

119. Sitzung

Freitag, 17. Juli 2009

Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig- Holsteinischen Landtags nach Arti- kel 13 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein.....	8840
Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2801 (neu)	
Dr. Johann Wadepful [CDU].....	8840
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8843
Wolfgang Kubicki [FDP].....	8848
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	8852
Anke Spoorendonk [SSW].....	8856
Beschluss: Tagesordnungspunkt ohne Beschluss unterbrochen.....	8859

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich. Ich bitte die Kameraleute, sich jetzt in das äußere Rund zu begeben.

Erkrankt sind die Kollegen Holger Astrup und Thomas Stritzl. Wir wünschen beiden, insbesondere Herrn Astrup, gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Sönnichsen. Zurückgemeldet hat sich Herr Minister Dr. von Boetticher.

Auf der Tribüne begrüße ich eine Vielzahl von Gästen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 38 c) auf:

Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach Artikel 13 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2801 (neu)

Zu den Redezeiten darf ich Ihnen vorher mitteilen, dass der Ältestenrat Richtwerte von 20 Minuten sowie von etwa 5 Minuten für Kurzbeiträge festgelegt hat.

Wird das Wort zur Begründung des Antrags gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst für meine Fraktion ausdrücklich Holger Astrup alles Gute wünschen. Uns hat das sehr betroffen gemacht. Mit großen Erschrecken haben wir die Nachricht von seiner Erkrankung gehört. Auch wenn wir heute hier schwierige Punkte zu beraten haben, sind unsere Gedanken bei ihm.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, die Überschriften der bundesweiten Medien sind nicht gut. Schleswig-

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

(Dr. Johann Wadephul)

Holstein ist in aller Munde, überall auf Seite eins. Die Kommentarlage ist schwierig. Die „Süddeutsche Zeitung“, sicherlich nicht unbedingt ein konservatives Blatt, titelt auf Seite eins: „Chaos in Schleswig-Holstein“.

Deswegen ist diese Debatte für uns ein Wendepunkt. Wir alle müssen wissen, was wir in den nächsten Tagen entscheiden, wozu wir stehen und wie wir Glaubwürdigkeit erzeugen. Haben wir eine nachvollziehbare politische Linie oder ist es vordergründige Taktiererei?

Ich sage es vorweg: Die Würfel sind gefallen. Der Ministerpräsident und die größte Koalitionsfraktion haben erklärt, dass eine **Fortsetzung dieser Koalition** nicht möglich ist. Wenn das so ist, dann sollte man einen klaren Schnitt ziehen. Dann sollte diese Legislaturperiode beendet werden. Dann sollte dieser Landtag die Kraft und die Größe haben, dies selbst in der Weise zu tun, die die Verfassung dafür in erster Linie vorsieht, nämlich durch einen **Auflösungsbeschluss**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte die Sozialdemokraten daher aufrufen, diesen Weg mitzugehen, der nicht einfach ist, der nicht selbstverständlich ist, der sicherlich schwerfällt, aber der der geradlinige Weg ist, den wir miteinander gehen sollten. Voraussetzung für eine Zusammenarbeit ist, dass man sich gemeinsame Lösungen zutraut. Die Frage muss man klären.

Wenn dann in den vergangenen Tagen - heute lesen wir es wieder in der Zeitung - gefordert wurde, der Ministerpräsident solle zurücktreten, dann frage ich natürlich diejenigen, die das fordern, und das sind die Sozialdemokraten: Wie wollen Sie überhaupt mit diesem Ministerpräsidenten weiter regieren? Wo ist die Logik dieses Handelns? Erläutern Sie das bitte dem Hohen Haus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man dann weiter spekuliert, was der nächste Schritt wäre, dann käme man zu dem Ergebnis, dass möglicherweise in diesem Haus eine **Vertrauensfrage** zur Abstimmung steht. Dann stünden wir vor der Frage: Wollen Sozialdemokraten dann in der Tat der Öffentlichkeit erklären, sie hätten Vertrauen zu diesem Ministerpräsidenten, dessen Rücktritt sie gerade noch gefordert haben und gegen den sie, hätte die Vertrauensfrage Erfolg, sofort wieder Wahlkampf führen müssten?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Logik liegt darin? Welche Logik liegt in Ihrem

Handeln? Was wollen Sie eigentlich den Bürgerinnen und Bürgern erklären, weshalb Sie diese Koalition fortführen wollen?

(Unruhe bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe auf allen Seiten des Hauses.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Es ist traurig. Ich meine, der Anlass ist eine ernsthafte Debatte über das, was hier ansteht. Ich glaube, dass Sie dem in der Tat gerecht werden sollten. Ich kann das derzeit nicht erkennen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Koalition stand unter einem schwierigen Stern, als sie begann. Das Wahlergebnis war nicht so, wie viele es erwartet hatten. Die CDU wurde stärkste Partei. Eine Große Koalition wurde von den Sozialdemokraten brüsk zurückgewiesen. Man versuchte ein anderes Bündnis zusammenzuschmieden. Nach einer denkwürdigen Nichtwahl gab es dann doch noch die Möglichkeit, hier eine Große Koalition zusammenzubringen.

Peter Harry Carstensen ist in jeder Phase dieser Großen Koalition die Integrationsfigur gewesen, der gegen viele Widerstände in meiner Fraktion und Partei die Koalition letztlich zusammengehalten hat.

(Beifall bei der CDU)

Die ersten beiden Jahre waren gut; das kann man nicht anders sagen. Dann wurde es schwierig, als Claus Möller weg war, als wir einen anderen Landesvorsitzenden hatten.

(Zuruf: Die SPD!)

- Die SPD, in der Tat, Frau Kollegin!

Dieser versuchte jede Gelegenheit zu nutzen, zu Beschlüssen, die gefasst wurden, immer abweichende Meinungen zu äußern. Drei Schritte vor und zwei zurück! Ich habe mich in den vergangenen Jahren oftmals erinnert gefühlt an Josef Schmitz und den Freund, den er mit zu Herrn Biedermann brachte.

Das war der Brandstifter. Wir vereinbarten miteinander Kürzungsvorschläge im Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Und beschließen sie zusammen - ohne Wenn und Aber!)

(Dr. Johann Wadehul)

Die beinhalten **Kürzungen von Beamtenzahlungen** - schwierig genug. Kaum ist dies geschehen, gibt es eine Mai-Kundgebung. Herr Stegner geht hin und sagt, er will das einkassieren, entschuldigt sich hinterher - hat er nie gesagt, war nie so gemeint.

Im September 2007: Persönliche Erklärung, in der er erklärt, dass man seiner Partei die **Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten** nur habe abhandeln können, weil die Union dem Schulgesetz sonst nicht zugestimmt hätte - was falsch war. In der zweiten persönlichen Erklärung entschuldigt er sich dafür - war nicht so gemeint.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Aber zwei Absätze später verteidigt er seine Auffassung zur Schülerbeförderung.

Wir machen einen Koalitionsausschuss unter größten Schwierigkeiten - Die Mehrheit der Union drängt den Ministerpräsidenten - so viel ist öffentlich bekannt - dringend dazu, Herrn Stegner zu entlassen. Einmal mehr ist es Peter Harry Carstensen, der die Hand zur Versöhnung reicht und ermöglicht, dass man weiterarbeiten kann. - Vorangegangen war eine konfrontative Situation im Innenressort, eine einmalige Situation in Schleswig-Holstein, dass die gesamte **kommunale Ebene** nicht mehr mit der Landesregierung kommunizieren wollte. Das hatte der Innenminister angerichtet, der damalige Innenminister Dr. Stegner, und es bedurfte wieder des Einsatzes von Peter Harry Carstensen, um das zu kitten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

So ging es in diesem Jahr weiter - mit einigen Unterbrechungen; ich will gar nicht alle Episoden neu erzählen. Wir verständigen uns auf eine **Sanierung des maroden Landeshaushalts** sowie einen massiven **Stellenabbau** ohne Vorschläge der SPD, und schon schreibt Herr Stegner in einem Brief an Herrn Malchow, die SPD habe Kürzungsvorschläge der Union im **operativen Bereich der Polizei** verhindert, was wieder falsch ist - war auch nicht ganz so gemeint, er steht ja zur Koalition.

So geht es hin und her bis hin zu der von mir in diesem Haus ganz bewusst angesprochenen Twitter-Meldung zur Retropolitik der 70er/80er Jahre, „Aufklaren“ von Herrn Engholm sei wieder notwendig. Das wird nicht hier klargestellt, das macht hinterher der Sprecher - war auch wieder nicht so gemeint, meine sehr verehrten Damen und Herren. So geht es immer weiter.

Diese Politik ist es, die unser Vertrauen erschüttert hat. Es gipfelte gestern darin, dass Herr Stegner sich hier hinstellte - ich habe von meinem Platz dazu auch verbal interveniert - und, nachdem er erst gesagt hat, er habe nichts gewusst - das war eine Falschmeldung des „Abendblattes“, die komischerweise nicht richtiggestellt wurde -, sagte, da war die SPD-Fraktion nicht eingebunden, was Frau Ute Erdsiek-Rave richtigstellte; natürlich war sie eingebunden. - Dann hat keiner zugestimmt, dann hat nur das Kabinett zugestimmt, und am Schluss hieß es gestern hier: In den Gremien habe man nicht zugestimmt. - Immer wieder ein Stückchen anders die Wahrheit hinbiegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bis zu der ritterlich zu nennenden Äußerung des Innenministers Lothar Hay, für die ich in der Lage hohen Respekt und Anerkennung zolle.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wieder einmal waren Sachen fast ganz richtig - aber eben nicht mehr.

Und dann hören wir aus rot-grünen Kreisen, man wundere sich eigentlich, dass Herr Stegner jetzt schon attackiere, das wolle er doch erst nach dem 27. September machen. Das ist eben der Blick in die Zukunft, den Sie dann werfen. Und da sind wir in der Situation in der Geschichte von Max Frisch, wo der Spirituosenfabrikant Biedermann die Dachstühle aller Nachbarn brennen sieht, jedoch glaubt, seiner würde niemals brennen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: In dem Buch steht etwas ganz anderes!)

Wir sind nicht so gutgläubig und irrezuführen wie dieser Mann, sondern wir sind diejenigen, die eine nüchterne Analyse dessen durchführen, was in dieser Koalition noch möglich ist, in einer Lage, wo dieses Land handlungsfähig sein muss. Die **HSH Nordbank** hat uns hier mehrfach miteinander beschäftigt, und es ist mitnichten sicher, dass es nicht neue Probleme dort gibt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise - das sagen wirklich alle voraus - wird von uns äußerste Kräfte und Entschlossenheit verlangen und nicht Kabinettsvorlagen wie diejenigen, die für den 3. Juli zugesagt waren und dann letztlich das Papier nicht wert waren, auf dem sie geschrieben waren, sondern sie wird Einschnitte verlangen, die wir einer Bevölkerung zu erklären haben, die erwartet, dass eine Landesregierung und eine Koalitionsmehrheit zusammenstehen. Das können wir in dieser Lage nicht mehr erwarten. Das ist die nüchterne Analyse, die aufseiten der **Union** zu dem **Trennungsbefehl** geführt hat und die jetzt

(Dr. Johann Wadehul)

von der SPD fordert, dass sie springt. Hier ist Rhodos, hier muss gesprungen werden, spätestens am Montag.

Ich kann Sie nur auffordern: Stellen Sie sich der Situation, in der Sie sich befinden! Lesen Sie das durch und hören Sie sich an, was bundesweit - sogar international - zu dieser Lage gesagt wird! Um es mit Tom Buhrow zu sagen: Eine Zwangsregierung macht wirklich keinen Sinn. - Deswegen: Geben Sie den Weg frei für Neuwahlen! Geben Sie den Weg frei für eine Auflösung dieses Landtags! Haben Sie den Mut, als Herausforderer anzutreten! Haben Sie die Zuversicht in die eigenen Möglichkeiten, und stellen Sie sich der Auseinandersetzung mit den Wählerinnen und Wählern am 27. September diesen Jahres.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere ausdrücklich an die sozialdemokratische Fraktion: Lassen Sie sich hier nicht in Geiselschaft nehmen,

(Lachen bei SPD und SSW)

sondern befreien Sie sich, und machen Sie den Weg frei für eine ordentliche Herbeiführung eines Wahltermins am 27. September dieses Jahres.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erhält der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen: Der amtierende Ministerpräsident und die CDU-Landtagsfraktion haben mutwillig den Koalitionsvertrag gebrochen. Es wird über kurz oder lang **Neuwahlen** in Schleswig-Holstein geben müssen, denn dieses Land braucht eine auf allen Positionen handlungsfähige Landesregierung und Regierungsfractionen, die nicht ihr Parteiinteresse über das Wohl des Landes stellen.

(Beifall bei der SPD)

Diesem Ziel wird sich die SPD-Landtagsfraktion im Landtag in keiner Weise verweigern, und mit uns wird es keine Lähmung in der Landespolitik geben. Im Weg sind wir allerdings ganz anderer Auffassung als Sie.

Ein Antrag, der mit der angeblichen Unzuverlässigkeit der SPD in der Politik der Regierungskoalition begründet wird, kann und wird nicht unsere Zustimmung finden, denn für ein solches parteitaktisches Schauspiel wird sich die SPD in diesem Haus nicht hergeben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich etwas zurückgehen. Erinnern Sie sich noch an die Vorkommnisse im Frühjahr dieses Jahres kurz nach dem famosen **Sparkassenschirm** für Schleswig-Holstein? Da gab es schon einmal ein inszeniertes Wochenendspektakel, bei dem der Landesvorsitzende der Union behauptete, die SPD würde **Neuwahlen** wollen, und dem werde sich die CDU nicht verschließen. Da eine einfache telefonische Nachfrage offensichtlich nicht möglich war, brauchte es eine Zeit mit gewissem Medienecho, bis die Frage geklärt war. Dann ruderte der Ministerpräsident zurück und behauptete, natürlich würde er auch er viel lieber zum Wohle Schleswig-Holsteins weiter wirken. Er wolle eigentlich keine vorgezogenen Wahlen. Die Minister würden alle eine gute Arbeit machen, und eine **unechte Vertrauensfrage** würde er auch nicht stellen; das sei ja Trickseriei.

Was ist danach eigentlich geschehen? Inzwischen haben wir den dritten CDU-Wirtschaftsminister und einen neuen Regierungssprecher. Die **Wirtschaftskrise** hat sich verschärft. Immer mehr Firmen und Beschäftigte werden in den Sog hineingerissen.

Was macht diese Koalition? - Sie einigt sich auf den von Uwe Döring und der SPD im Koalitionsausschuss vorgeschlagenen Pakt für Beschäftigung, Qualifizierung und Wachstum, indem sie unter anderem ihre Förderpolitik auf das **Beschäftigungsziel** konzentrieren will, weil wir jetzt ganz aktuell etwas für die Menschen in diesem Land, für die Betriebe und für die Beschäftigten tun müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie einigt sich, nachdem ein paar Ladenhüter aus alten Anträgen entfernt wurden, auf die Stützung von **kleinen und mittleren Unternehmen**, weil wir uns jetzt ganz aktuell um diese Unternehmen kümmern müssen. Vor allem aber einigt sie sich auf einschneidende **Sparmaßnahmen** bei den **Persohnalausgaben**, die vorgestern im Nachtrag und in einem gemeinsamen Entschließungsantrag noch einmal bekräftigt werden sollten. Sie einigt sich auch auf die lang erwartete Neuregelung der **Kreisordnung**.

(Dr. Ralf Stegner)

Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben den Antrag eingebracht, ihn beraten und ihm zugestimmt. Wir haben den Nachtrag eingebracht und ihm zugestimmt. Wir haben den Antrag zu kleinen und mittleren Unternehmen eingebracht und verabschiedet. Die Kreisordnung hatte ihre erste Lesung. Die SPD-geführten Ressorts bereiten die personellen und organisatorischen Veränderungen vor. Sie haben weitere Vorschläge zu den Förderprogrammen eingereicht. Und, ja, wir haben uns auch bei aller Kritik an einer **Schuldenbremse null** im Grundgesetz und unzureichenden Hilfen für Schleswig-Holstein ausdrücklich dazu bekannt, dass wir alles dafür tun, diese nun einmal geltende Verfassungsvorgabe einzuhalten. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeit läuft also, und doch: Es scheint nicht zu reichen. Warum ist das so?

Ihre erste Begründung, die offizielle Begründung des amtierenden Ministerpräsidenten und des Fraktionsvorsitzenden Dr. Wadephul, die SPD wolle die Haushaltskonsolidierung nicht mittragen, erledigt sich für jeden neutralen Beobachter aufgrund des eben Gesagten von selbst.

Zweitens. Die halboffizielle Begründung, dass es bei Herrn Carstensen und mir an der rechten Zuneigung fehle, hat weder Neuigkeitswert und ist unabhängig vom Wahrheitsgehalt nicht wirklich von Interesse. Politische Verhandlungen für dieses Land und die Dinge, die wirklich wichtig sind, werden wohl erwartet werden können. Das bedeutet, dass persönliche Befindlichkeiten in den Hintergrund zu treten haben. Hier geht es um Aufgaben, die zu erledigen sind, und um Mindeststandards von Professionalität.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns nicht falsch verstehen. Ich bekenne mich auch ausdrücklich dazu, dass auch ich bei der Arbeit der Regierungskoalition in den vergangenen Jahren selbst Fehler gemacht habe. Die Entscheidung dieser Koalition nach der schmerzlichen Niederlage von Heide Simonis im März 2005 - ich habe noch Ihre Gesichter vor Augen - hat mir wehgetan, und ich habe sicherlich sprachlich nicht immer den richtigen Ton gefunden. Das alles stimmt. Selbstkritik ist übrigens für jeden Menschen und erst recht für Politiker in Führungsverantwortung wichtig und notwendig.

Lieber Herr Kollege Dr. Wadephul, ein Stückchen Selbstkritik hätte ich in Ihrer Rede auch nach vielen

Vatikanbesuchen doch erwartet und nicht diese Mischung aus Halbwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ihre politische Generalformel „Alles ist gut, und es gibt auch gute Sozialdemokraten“, die sie dann immer falsch zitieren, aber „Stegner ist an allem schuld“, so wie zuletzt heute Morgen im Deutschlandfunk, Herr Ministerpräsident, das mag auf Ihren Parteitage ankommen und für Geschlossenheit sorgen. Es bleibt aber ein Armutszeugnis ohne Niveau, und es kann mich nicht treffen.

(Zurufe von der CDU)

Drittens. Ihre dritte Begründung von der angeblichen Unzuverlässigkeit der SPD in der Regierungskoalition ist falsch. Im Kabinett ist es Uwe Döring, der für jeden Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein kämpft, während zur gleichen Zeit der Wirtschaftsminister bei Danfoss in Flensburg wie ein Unternehmenssprecher den Abbau von Arbeitsplätzen rechtfertigt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es ist dieser Justizminister, dessen Justizreform gerade von der Union blockiert wird. Es ist Gitta Trauernicht, auf deren strenge Atomaufsicht sich die Menschen trotz aller Vorfälle des Pannenmeilers Krümmel und des notorisch inkompetenten Betreibers Vattenfall verlassen können, während der erklärte Befürworter länger laufender Atomkraftwerke, der amtierende Regierungschef, per Interviews ankündigt, beim nächsten Mal persönlich - quasi über dem Gesetz - für die Stilllegung von Krümmel sorgen zu wollen.

Es ist die Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, die die Kinderbetreuung und den vereinbarten Schulumbau voranbringt, der immer wieder aus den Reihen der CDU-Landtagsfraktion infrage gestellt wird. Es ist der Innenminister Lothar Hay, der nach erfolgreicher Ämterreform vom Koalitionspartner an einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform gehindert wird. Aus Höflichkeitsgründen verzichte ich darauf, auf den Herrn Entbürokratisierungsstaatssekretär hier einzugehen.

(Zuruf der SPD: Gibt es den noch?)

Es ist Lothar Hay, der dafür garantiert, Herr Kollege Wadephul, dass verabredete Stellenkürzungen bei der Polizei eben nicht den von Überstunden geplagten Vollzug treffen. Auch wenn solche Absich-

(Dr. Ralf Stegner)

ten vom Koalitionspartner bestritten werden, dienten doch Ihre Vorschläge dazu, genau dies dem Innenminister abzuverlangen und damit in die Schuhe zu schieben.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist schlicht falsch!)

Es ist dieser Landtag, der das Tariftreuegesetz, das vorbildliche Kinderschutzgesetz und vieles andere beschlossen hat, was unsere Handschrift trägt und das Leben der Menschen hier in Schleswig-Holstein verbessert hat.

Es ist die Landtagsfraktion der SPD, die Initiativen für drei schwierige Anträge zur HSH Nordbank ergriffen und mit der CDU-Fraktion zusammen eingebracht hat, um die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein zu wahren, während das Krisenmanagement des Finanzministers und seines Hamburger Kollegen in dieser Angelegenheit immer katastrophaler ausfällt.

(Zuruf von der CDU)

Der Hamburger CDU-Mittelstand - heute im „Abendblatt“ zu lesen - wirft dem Senat in der HSH-Nordbank-Affäre Unfähigkeit vor. - Nein, von Unzuverlässigkeit der SPD kann nun wirklich keine Rede sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu den wahren Gründen für diesen mutwillig herbeigeführten Koalitionsbruch kommen, denn sie liegen auf der Hand:

Erstens. Sie wollen schon seit Monaten gemeinsam mit der **Bundestagswahl** wählen, weil Sie gestützt auf die Hoffnung aus den Umfragewerten auf schwarz-gelbe Mehrheiten hoffen, sich aber offenkundig den Sieg in einer Schleswig-Holstein-Wahl aus eigener Kraft nicht zutrauen. Deshalb wollen Sie kurz nach den Ferien und im Schatten der Kanzlerin mit möglichst wenig Krümmel und HSH wählen in der Hoffnung, dass es dann für ein schwarz-gelbes Bündnis reicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir können mit viel „Krümmel“ wählen! Mit ganz viel „Krümmel“!)

Zweitens. Sie wollen davon ablenken, dass Sie bei der skandalösen Millionen Sonderzahlung an HSH-Chef Nonnenmacher das Parlament wissentlich falsch informiert haben. Wenn der „Panorama“-Bericht von gestern Abend zutrifft, dann soll der Landtag hier sogar weiter an der Nase herumgeführt werden.

Drittens. Sie wollen aus begründeter Furcht vor den Ergebnissen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses diesen vermeiden,

(Lachen bei der CDU - Zurufe von der CDU)

nachdem Sie schon mit fragwürdigen Gutachten die Oppositionsrechte im PUA beschneiden wollten. Sie hoffen, dass Ihnen eine vorzeitige Neuwahl dieses lästige Problem vom Hals schafft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir verlässlich!)

Viertens. Sie wollen davon ablenken, dass in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes der amtierende Ministerpräsident in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft drastisch an Ansehen verloren hat. In einer Umfrage des Unternehmensverbandes Nord von Anfang des Monats bewerteten 52 % der Befragten die Arbeit des Regierungschefs als verbesserungsbedürftig und 9 % als nicht gut. Nur noch 34 % der Unternehmensführer gaben ihm eine gute Note, was ein Absturz von den 72 % des letzten Jahres bedeutet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Seien Sie froh, dass nach Ihnen niemand fragt!)

Fünftens. Sie wollen davon ablenken, dass Sie bei Atom und CO₂-Deponierung lediglich kurzfristig zur Beruhigung einer zu Recht aufgebrachten Bevölkerung, gerade auch in Ihrer Heimatregion, Herr Ministerpräsident, Ihr Fähnchen in den Wind halten.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind Sie es, die die uneingeschränkte Nutzung der Kohleenergie und die Verlängerung von Laufzeiten bei der Atomenergie - in Ihrem Kreisverband Steinburg sogar den Neubau von Atomkraftwerken - wollen. Und mit der Bürgerbeteiligung bei den CCS-Projekten haben weder die Bundeskanzlerin noch Ihre Partei hier wirklich etwas am Hut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber Ihre Bundespartei!)

Was hat sich seit der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses eigentlich geändert? - Ich will es Ihnen sagen: Krümmel hat weitere Störfälle, Herrn Nonnenmacher wurden 2,9 Millionen € zugesichert, und die Wirtschaft kritisiert Ihr Krisenmanagement. Das hat sich geändert.

Herr Ministerpräsident, Sie reden in diesen Tagen viel davon, für Sie komme zuerst das Land und dann die Koalition.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ihre Taten sprechen eine andere Sprache, als diese Worte aus dem schönen nordfriesischen Märchen, Herr Ministerpräsident. Sie dokumentieren mit Ihrem Antrag und dessen fingierter Begründung, dass es Ihnen zuerst um Ihre Parteiinteressen und vermeintliche Wahlchancen geht und nicht um das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Dabei brauchte unser schönes Schleswig-Holstein gerade in dieser schwierigen Wirtschafts- und Finanzkrise mehr denn je einen kompetenten, einen tatkräftigen und einen durchsetzungsfähigen Regierungschef, der eine Landesregierung führt,

(Lachen bei CDU und FDP - Zurufe von der CDU)

die auf allen Positionen stark besetzt ist, einen Regierungschef, dem nicht vom eigenen Fraktionschef öffentlich bescheinigt wird, dass er dem Parlament in Sachen HSH die Unwahrheit gesagt hat.

Nein, wir brauchen einen Neuanfang, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird Neuwahlen geben müssen. Da bin ich mit dem von Ihnen so gern zitierten Kieler Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels übrigens völlig einig. Sie zitieren immer nur an der falschen Stelle - das ist Ihr Problem -, weil Sie keine eigenen Argumente haben.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh! - Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Und dann versucht man eben, Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen. Ich verstehe das. Das ist eine intellektuelle Übung. Wenn man keine eigene Meinung hat, versucht man, Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen.

Ich sage aber: Diesen Weg zu Neuwahlen werden Sie nicht mit diesem Antrag erreichen, dem - jedenfalls bezogen auf den Antragsteller CDU - die Glaubwürdigkeit, die Begründung und der Anstand fehlt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist doch unlogisch!)

Das schreibt mir der Herr Ministerpräsident einen Brief voller CDU-Parteitagrhetorik. Ich beantwortete diesen Brief, nachdem ich vorher geklärt habe, dass er ihn erreicht, und dann kommt - ohne jedwede Form persönlicher Rückmeldung - einfach in die Trauerfeier der SPD-Fraktion für Heide Moser das

Hineinreichen Ihres Beschlusses. Das spricht für sich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Frauke Tengler [CDU]: Das ist richtig unanständig, was Sie hier sagen! - Anette Langner [SPD]: Genauso war es doch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt Heide Moser zu erwähnen, das ist wirklich geschmacklos!)

Dass der Antrag - -

(Weitere Zurufe)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Stegner hat das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Dass der Antrag dann auch noch trotz der juristischen Koryphäen Kubicki und Wadephul rechtlich so schlampig ausgefallen ist, dass er nicht einmal - wie geplant - heute entschieden werden kann, sondern mit peinlichen Geschäftsordnungsmanövern auf Montag verschoben werden muss, nachdem Ihnen unser Verfassungsminister Hay auf die Sprünge geholfen hat, verrät doch Ihren Mangel an Ernsthaftigkeit und Solidität.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Schämen Sie sich eigentlich nicht, sich mit einem solchen Antrag in der Form, wie Sie ihn hier eingebracht haben, in der Öffentlichkeit so zu blamieren?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schämen Sie sich eigentlich nicht?)

Mit all Ihren juristischen Kenntnissen schaffen Sie es nicht einmal, einen Antrag zu formulieren, der der Verfassung entspricht, und müssen die Entscheidung verschieben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben den gleichen Antrag bereits im Mai debattiert!)

Das ist wirklich ein Armutszeugnis; das muss ich schon sagen.

Nein, für ein solches parteitaktisches Manöver wird die SPD-Fraktion ihre Hand nicht reichen.

Ich sage Ihnen auch noch etwas anderes: Versuchen Sie erst gar nicht, unsere Reihen zu spalten,

(Zuruf von der CDU: Das machen Sie ja schon!)

wie Sie das in Interviews tun und uns Druck übers Wochenende ankündigen, wobei Sie ganz nebenbei die Medien zu instrumentalisieren versuchen. Das können Sie sich sparen, denn die SPD-Fraktion

(Dr. Ralf Stegner)

wird geschlossen abstimmen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Behauptung, wir hätten Angst vor Neuwahlen und klebten an unseren Stühlen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das tun Sie doch!)

existiert doch nur in Ihrer Einbildung.

(Lachen bei CDU und FDP)

Das Amt des Fraktionschefs der SPD-Landtagsfraktion, lieber Lothar Hay, ist ein wunderschönes, aber ich will Regierungschef hier in Schleswig-Holstein werden. Ich klebe überhaupt nicht an meinem Stuhl.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wird sicher nichts! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Die Prognose Sicherheit des Herrn Oppositionsführers haben wir hier schon jahrzehntelang in diesem Haus erlebt. Insofern ist das Zitat „Das wird nichts“ wirklich ein Selbstbekenntnis, Herr Kollege Kubicki. Ich freue mich, dass Sie immer wieder noch einmal zur Selbsterkenntnis fähig sind.

Diese schleswig-holsteinische SPD und diese SPD-Fraktion sind regierungsfähig und regierungswillig. Neuwahlen brauchen wir nicht zu fürchten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer soll Sie denn wählen? - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Wir sind zuversichtlich, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die kluge Menschen sind,

(Beifall bei CDU und FDP - Claus Ehlers [CDU]: Ja, genau!)

für faire Bildungschancen ohne Gebühren, für eine Energiewende ohne Atom und für gute Arbeit, von der man leben kann, eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind ganz sicher, dass die schwarz-gelbe Anti-Mindestlohn-, die Atom- und die Studiengebührenpolitik von gestern nicht mehrheitsfähig ist.

Wir haben Zukunftskonzepte, die Innovation und Gerechtigkeit verbinden. Und wir trauen uns sogar zu, bei der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung durchgreifende Verwaltungsreformen zu beschließen, auch wenn das Parteifunktionären nicht gefällt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bequeme Weg, dass sich der Landtag selbst auflöst, wenn der Ministerpräsident gescheitert ist, gibt es in diesem Haus mit den Sozialdemokraten nicht.

(Beifall bei der SPD)

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation, in der es Tausende Kurzarbeiter gibt, viele Menschen vor ihrer Entlassung stehen, um ihren Arbeitsplatz fürchten, in der Unternehmen vor dem Aus stehen, in der Steuereinnahmen einbrechen und die Sozialabgaben steigen, darf sich diese Regierung nicht einfach vom Acker machen und aus der Verantwortung stehlen. Sie, Herr Carstensen, Sie, Herr Kollege Wadepful, flüchten aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Seit Björn Engholm und Heide Simonis haben wir Regierungsverantwortung immer anders verstanden und diesem Land und seinen Menschen gedient, und das gilt auch in der erzwungenen Großen Koalition, in der wir mit Schulreform, Pflegereform, kostenfreiem Kita-Jahr und vielem anderen mehr Gutes bewirkt haben. Ja, ich sage auch - das sage ich ausdrücklich trotz der Stimmung heute in diesem Haus -, dass nach Jahrzehnten buchstäblicher Feindschaft zwischen den großen Parteien eine Große Koalition in Schleswig-Holstein durchaus auch ein Beitrag zur parlamentarischen Normalisierung hätte sein können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ohne Sie, schon! - Weitere Zurufe)

Nun aber wollen Sie, Herr Carstensen und Herr Dr. Wadepful, mit diesem Koalitionsbruch vermeiden, dass darüber ernsthaft Bilanz gezogen wird.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Unglaublich!)

Der klarste Weg, Herr Ministerpräsident, wenn Sie nicht mehr können oder wollen, ist Ihr Rücktritt von diesem Amt.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann wird doch das Parlament nicht aufgelöst! Was sind Sie für ein Verfassungsjurist!)

Wenn Sie diesen Weg nicht gehen - ich kann ja verstehen, dass Sie das nicht wollen -, dann sollten Sie sich der anderen Möglichkeiten bedienen, die zur Neuwahl führen, auch wenn dann der schöne Schein ein paar Kratzer mehr bekommt, und das wird so sein.

(Dr. Ralf Stegner)

Ihr Antrag wird am Montag keine Mehrheit finden, und es wird dann in der nächsten Woche rasch zu klären sein, wie der Weg zu **vorgezogenen Neuwahlen** erfolgen kann. Der Ball ist in Ihrem Spielfeld. Die Sozialdemokraten haben diese Situation nicht herbeigeführt. Neuwahl ja, aber bitte verschonen Sie uns mit solchen Anträgen und unredlichen Begründungen.

(Beifall bei der SPD)

Die noch so treuherzige Rhetorik des amtierenden Ministerpräsidenten kann über die parteitaktische und längst kalt vorbereitete Inszenierung von heute nicht hinwegtäuschen.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

Ich sage Ihnen: Die SPD-Landtagsfraktion wird am Montag Ihren Antrag geschlossen zurückweisen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort. - Gleichzeitig darf ich auf der Tribüne den Landesvorsitzenden der FDP und Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin begrüßen.

(Beifall - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dr. Jürgen Koppelin! - Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD ist mir klar geworden, warum die „Lübecker Nachrichten“ Psychotherapeuten beschäftigen, um sein Verhalten zu erklären.

(Beifall bei der FDP)

In einer unglaublichen Art und Weise hat er den Ministerpräsidenten dieses Landes und den CDU-Teil der Regierung attackiert, um gleichzeitig der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit zu erklären, dass er diese Koalition erfolgreich fortsetzen wolle.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das nennt man partielle - nein, Schizophrenie nicht - Störungen im Bewusstseinsbild.

Um mit dem Märchen aufzuhören, hier spiele Parteitaktik eine Rolle, will ich daran erinnern, Herr Dr. Stegner, dass wir bereits im Mai dieses Jahres auf der Grundlage eines Antrags von FDP, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN und SSW in diesem Landtag - das sind die Oppositionsfraktionen -

(Jürgen Weber [SPD]: Eben!)

den Landtag haben auflösen wollen, weil wir festgestellt haben - wie mittlerweile mehr als 75 % der Bevölkerung -, dass diese Koalition zu einem gemeinsamen Handeln auf vertrauensvoller Basis nicht mehr in der Lage ist.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf aus dem damaligen Debattenbeitrag zur Erinnerung zitieren - manche von Ihnen waren draußen, haben es nicht ernst oder nicht zur Kenntnis genommen, was ich damals in Richtung des Kollegen Dr. Wadephul gesagt habe -:

„Wir erleben einen Abtanzball der Eitelkeiten statt Tatkraft. Wir erleben persönliche Angriffe, wie sie in einer Konstellation, die eigentlich eine Partnerschaft sein sollte, nur zur Kenntnis genommen werden muss, wenn die Scheidung unmittelbar bevorsteht. Und selbstverständlich, da Sie auch historisch vorgebildet sind, nehme ich den Satz: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!, den Sie sozusagen für die schleswig-holsteinische Landschaft übersetzt haben, interessiert zur Kenntnis.

Sie wollen Beispiele für die Zerrüttung? Sie bekommen Beispiele! Da benotet der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Stegner die Arbeit der Christdemokraten in der Koalition mit ‚ausreichend‘ bis ‚mangelhaft‘, obwohl auch die SPD Teil dieser Landesregierung ist.

Da weist Dr. Stegner - wohl bewusst - in seinem Twitter auf einen Kommentar hin, der die taktischen Fähigkeiten des Ministerpräsidenten als ‚mitleiderregend bescheiden#‘ tituliert.

Da legt er im sh:z nach und wirft dem Ministerpräsidenten erkennbares ‚Unvermögen und Dilettantismus‘ und ‚Großbauernart‘ vor - was auch immer diese Titulierung beinhaltet.

Und dieser Dr. Stegner hat nun erklärt, er wolle keine Neuwahlen. Dabei, lieber Herr Kollege Dr. Stegner, haben Sie doch selbst in Ihren vielfachen Statements bereits mehrfach die Gründe für Neuwahlen genannt. Wer erklärt, dass der Regierungschef ein Dilettant und unvermögend ist, kann doch nicht eine

(Wolfgang Kubicki)

Politik unter diesem Ministerpräsidenten fortsetzen wollen. Das ist doch kaum noch zu erklären.“

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Schleswig-Holstein eine Reihe historischer Daten, die uns bundesweit berühmt oder berüchtigt gemacht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir hatten die Waterkantgate-Affäre, wir hatten die Schubladen-Affäre, und wir hatten die traurige Gewissheit, dass die sozialdemokratische Fraktion eine Ministerpräsidentenkandidatin in vier Wahlgänge geschickt hat, obwohl klar war, dass es dafür keine erforderliche Mehrheit gibt, weil in ihren eigenen Reihen - Herr Dr. Stegner, ich spreche Sie jetzt an - jemand saß, der der Ministerpräsidentin Heide Simonis die Stimme verweigert hat.

(Zurufe von der SPD)

- Weil in Ihren eigenen Reihen jemand saß - ich zitiere jetzt einmal die allgemeine Kommentarlage bundesweit - -

(Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Baasch [SPD]: Immer mit Unterstellungen!)

- Ja, gut, dann können Sie nur jemanden vom SSW meinen oder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die nehmen bestimmt interessiert zur Kenntnis, was sie von Ihnen zu halten haben, sie hätten sich damals absprachewidrig verhalten.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Dr. Stegner, ich kann mich noch daran erinnern, dass Sie einen Brief geschrieben haben, einen offenen Brief an den Abweichler aus Ihren Reihen. Ich könnte ihn gern noch einmal zitieren, aber ich will das gar nicht mehr machen, weil es ein Schlaglicht wirft auf Ihre Art und Weise, Politik zu betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute einen **Auflösungsantrag**, der nicht um seiner selbst willen Beachtung findet, sondern wegen des Verhaltens der SPD-Landtagsfraktion.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Selbstgerechter Advokat!)

- Herr Dr. Stegner, ja, ich bin ein selbstgerechter Advokat, genauso wie Sie ein selbstgefälliger Naseweis sind.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Verstehen Sie, auf dieser Ebene - ich habe Ihr Machwerk „Theatralik in der Politik“ wirklich studiert - können wir uns gern begegnen. Da bin ich Ihnen haushoch überlegen. Glauben Sie mir das!

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Die Menschen schauen auf diese Sozialdemokratie. Ich bin mir sicher, bei der Bunkermentalität, die Sie hier entfalten, ist jeder Appell an Vernunft illusorisch.

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie werden die SPD dieses Landes genau dahin führen, wohin Frau Ypsilanti die SPD Hessens geführt hat, nämlich ins politische Nirwana.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will - damit Sie nicht glauben, Sie seien von einer rechtslastigen Kampfpresse umzingelt, die den Sozialdemokraten etwas Böses will - aus zwei Zeitungen zitieren, von denen man sagen kann, dass sie den Sozialdemokraten deutlich näherstehen als den Konservativen oder den Liberalen. In der „Frankfurter Rundschau“, „fr-online“, war vorgestern unter der tollen Überschrift „Der rasende Plattfisch“ ein sehr guter Kommentar zu lesen:

„Am Freitag entscheidet sich formal, wie es weiter geht. Aber so oder so - die Koalition ist am Ende, egal, ob sie sich sofort in Luft auflöst oder bis zum regulären Wahltag im Mai 2010 schleppen muss. Wir erleben hier eine Entleibung auf niedrigstem Niveau...“

(Ingrid Franzen [SPD]: Wir sind gerade dabei!)

- Frau Vizepräsidentin, Sie leisten dazu einen wesentlichen Beitrag.

(Ingrid Franzen [SPD]: Hier spricht nicht die Vizepräsidentin, sondern die Abgeordnete!)

In „ZEIT ONLINE“ vom 16. Juli 2009 wird unter der Überschrift „Das Kieler Elend hat ein Ende“ mit der Subunterschrift

„Keine andere Koalition wurde so sehr von Misstrauen beherrscht wie das Bündnis von CDU und SPD in Schleswig-Holstein. Dass es vier Jahre gehalten hat, ist eine Frechheit“

Folgendes formuliert:

(Wolfgang Kubicki)

„Am liebsten würde man die Nachricht aus Schleswig-Holstein ignorieren. Seit vier Jahren ringen CDU und SPD mehr miteinander, als dass sie regieren. Ein dutzend Mal schon stand die Große Koalition vor dem Aus. Nun ist sie endlich geplatzt. Na und?“

Das Schicksal hatte CDU und SPD in Kiel 2005 zusammengebracht. Viermal war Heide Simonis bei dem Versuch gescheitert, sich von SPD, Grünen und Südschleswigschem Wählerverband (SSW) zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Anschließend blieb nur noch eine Option: Die Große Koalition.“

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Herr Kollege Höppner, ich weiß es, Sie nehmen die Wirklichkeit schon nicht mehr wahr. Deshalb muss man Ihnen das vorhalten.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Ich kann das selber lesen, Herr Kollege!)

- Da wir aber auch eine Reihe von Zuschauerinnen und Zuschauern haben, ist es für die vielleicht ganz interessant, nicht nur zu wissen, dass wir selbst lesen können, sondern dass ich Ihnen das vorlese, was andere über Sie schreiben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

„Keine andere Koalition in Deutschland wurde so sehr von Verachtung und Misstrauen beherrscht wie diese. Dass sie überhaupt vier Jahre hielt, war kein Wunder, sondern eine Frechheit für die Bürger in Schleswig-Holstein.“

Für diese Frechheit ist vor allem Ralf Stegner verantwortlich. Der SPD-Landesvorsitzende hat in der Koalition von Anfang an nur seinen persönlichen Vorteil gesucht. Dass er dabei besonders erfolgreich gewesen ist, kann man nicht behaupten. Stegner betreibt Politik als Kampfsportart. Sein Politikstil erinnert an den jungen Roland Koch: Er agiert maximal konfrontativ. In den vergangenen Monaten hat Stegner keine Gelegenheit ausgelassen, den Koalitionspartner und insbesondere Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zu provozieren.

Ein Nachweis, dass dieser Stil bei den Wählern ankommt, fehlt bislang. Ob Kommunal- oder Europawahlen - die SPD in Schleswig-Holstein hat unter Stegner bislang nur verlo-

ren. Seine Partei lässt ihn dennoch gewähren.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen: „Das Tischtuch ist zerschnitten“. Diese Feststellung finden wir heute Morgen in den „Kieler Nachrichten“, ein Zitat, das auf den Kollegen Sauter zurückgeht. Er wird weiter zitiert:

„Wer den Debattenverlauf verfolgt hat, braucht keine weitere Begründung.“

Die „Kieler Nachrichten“ schreiben dazu: „Da ist etwas dran.“

Wer den heutigen Debattenverlauf verfolgt hat, braucht auch keine weitere Begründung dafür als die Feststellung, dass diese Koalition nicht mehr vertrauensvoll zusammenarbeiten kann.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 1990 haben noch andere Sozialdemokraten als die heute im Parlament sitzenden - einige sind vielleicht noch dabei - eine Verfassungsreform auf den Weg gebracht, um genau in Zuständen, die wir jetzt haben, den saubersten Weg zu gehen, den eine demokratisch gewählte Einrichtung wie das Parlament des Landes Schleswig-Holstein gehen kann, nämlich die Selbstauflösung. Die Begründung dafür war, Situationen wie diese auf parlamentarisch-demokratische Weise ordentlich zu beenden, nämlich durch die Selbstauflösung des Parlaments.

Wenn wir feststellen, es geht nicht weiter, muss sich dieses Parlament auflösen, denn sonst verschiebt es die Verantwortung wieder in den Bereich der Regierung.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Dass Sozialdemokraten heute von diesem Prinzip, das sie selbst in die Verfassung hineingeschrieben haben, abweichen, ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei FDP und CDU)

Kollege Dr. Stegner, Sie haben hier selbst erklärt, dass es zu Neuwahlen kommen wird, dass Sie jetzt nur einen anderen Weg in Marsch setzen wollen, damit der Ministerpräsident die **Vertrauensfrage** stellen muss und das Parlament dann das Vertrauen nicht erklärt. Glauben Sie, dass das draußen noch irgendjemanden beeindruckt? Die Menschen wissen, dass das eine Schmierkomödie ist. In Anbetracht Ihres Machwerks sage ich Ihnen: Schmierkomödianten werden immer ausgebuht. Sie werden erleben, dass die Menschen es nicht goutieren, dass

(Wolfgang Kubicki)

Sie eine neue Sondersitzung des Parlaments erzwingen, dass die Leute aus dem Urlaub zurückgeholt werden müssen, nur damit Sie Ihrer persönlichen Eitelkeit frönen können. Das werden Ihnen die Menschen heimzahlen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wirklich, was für ein Schmierentheater! Wie weit ist die Sozialdemokratie dieses Landes eigentlich gefallen und gesunken, dass sie sich darauf einlässt?

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich empfehle allen Beteiligten, die Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** vom 25. August 2005 zur Frage der **Auflösung des Deutschen Bundestags** aufgrund einer Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu lesen. Auch dem ja neuerdings ausgewiesenen Verfassungsjuristen Dr. Stegner, mit dessen Trixereien wir uns beschäftigt haben - deshalb haben wir es auf Montag verschoben -, empfehle ich diese Entscheidung. Wir wollten jedes Risiko vermeiden, dass die noch eine Möglichkeit haben, durch populäre Verfassungsklagen den Wahltermin möglicherweise zu verhindern.

Ich zitiere dort aus Leitsätzen und dann anschließend aus einer Begründung.

„Von Verfassungen wegen ist der Bundeskanzler in einer Situation der zweifelhaften Mehrheit im Bundestag weder zum Rücktritt verpflichtet noch zu Maßnahmen, mit denen der politische Dissens in der die Regierung tragenden Mehrheit im Parlament offenbar würde.“

Ob eine Regierung politisch noch handlungsfähig ist, hängt maßgeblich davon ab, welche Ziele sie verfolgt und mit welchen Widerständen sie aus dem parlamentarischen Raum zu rechnen hat. Die Einschätzung der Handlungsfähigkeit hat Prognosecharakter und ist an höchstpersönliche Wahrnehmungen und abwägende Lagebeurteilungen gebunden.

Ich bin mir sicher: Niemand außerhalb dieses Hauses wird daran zweifeln, dass es keine tragfähige politische Mehrheit für diese Regierung in diesem Haus mehr gibt, jedenfalls nicht mehr nach Ihren Redebeiträgen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Stegner, ich empfehle Ihnen wirklich - Sie haben noch ein Wochenende Zeit, darüber nachzudenken - das abweichende Votum der Richterin Lübke-Wolff, das nicht im Ergebnis, sondern in der

Begründung abweichend war, zur Lektüre, die Folgendes erklärt hat:

„Vertrauensfrage ist, wie die Frage vor dem Traualtar, keine Wissensfrage, auf die ebenso gut wie der Gefragte oder besser ein anderer antworten könnte. Der Bundeskanzler, der die Vertrauensfrage stellt, fragt nicht nach einem Wissen, sondern nach dem Willen des Parlaments und der Abgeordneten, an die die Frage nach Art. 68 GG zu richten ist: nach ihrem Willen, ihn und sein politisches Programm mit ihrem künftigen Abstimmungsverhalten zu unterstützen. Die Vertrauensfrage kann daher nur vom Parlament selbst beantwortet werden.“

Diese Antwort könnten wir am Montag bereits geben, ohne dass Sie Ihr Schmierstück aufführen müssten. Denn Sie wissen doch selbst, Kollege Neugebauer, wie die Antwort ausfallen wird, wenn die **Vertrauensfrage** gestellt wird, dass das Parlament erklären wird, es gibt keine Mehrheit zur Stützung dieser Regierung in diesem Parlament mehr - so schlicht und einfaches Latein. Dass Sie dafür auch noch bereit sind, ich will es fast nicht sagen, 20.000, 30.000, 40.000 oder 50.000 € zusätzlich auszugeben, damit das Parlament an einem weiteren Tag noch einmal zusammenkommt, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der „Rheinischen Post“ vom 16. Juli 2009 konnten wir lesen, wie Sozialdemokraten wirklich denken. Ernst Dieter Rossmann - kein Unbekannter in Schleswig-Holstein, Sprecher der Linken in der SPD-Bundestagsfraktion - hat Folgendes erklärt:

„Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ist ein Spalter des Landes und betreibt die Machtpolitik eines alt gewordenen Gutsheerrn.“

(Zuruf von der CDU: Frechheit!)

Das ist die vertrauensvolle Basis, auf der man zusammenarbeitet. Er hat weiter erklärt:

„Er behandelt die SPD als wenn sie die Schill-Partei von Hamburg wäre.“

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

„Das lassen wir uns als Sozialdemokraten nicht bieten.“

Die CDU in Schleswig-Holstein müsse nun ihr wahres Gesicht zeigen, sagt Rossmann.

(Wolfgang Kubicki)

„Und das heißt: Sie hat seit Langem darauf hingearbeitet, aus reinem Machtinteresse diese Koalition nicht so gut arbeiten zu lassen, wie sie arbeiten könnte.“

Herr Dr. Stegner, wenn ein führender Repräsentant Ihrer Partei so etwas sagt, dann wollen Sie den Schleswig-Holsteinern ernsthaft erklären, dass die SPD daran festhalten will, dass eine Regierung schlechter arbeitet, als sie arbeiten könnte, nur weil Sie Angst vor dem Wahltermin haben. Das ist doch nicht mehr zu fassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Sozialdemokraten dieses Landes - das sage ich ausdrücklich - noch einen Rest Funken an Selbstachtung haben,

(Günter Neugebauer [SPD]: Seien Sie mal langsam ruhig! - Zuruf von der SPD: Und das von Ihnen!)

- Kollege Neugebauer -, dann stimmen Sie der Auflösung des Parlaments am Montag zu, oder Sie werden erleben, wie schnell Sie von der Bildfläche des politischen Agierens verschwinden werden.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Herr Kollege Dr. Stegner, ich will an dieser Stelle noch mit einer weiteren Schimäre aufräumen, die Sie, wie mir gestern berichtet worden ist, verbreiten: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW haben sich darauf verständigt, dass egal, was passiert, egal, wer in welcher Konstellation mit wem regiert - und es sieht nicht danach aus, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Ihnen regieren wird, weil niemand mit Ihnen regieren wird -, egal, was passiert.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber mit Ihnen!)

- ich habe heute gelesen, dass das möglich sein könnte, aber sei es drum -, es wird auch in der nächsten Legislaturperiode einen **HSH-Untersuchungsausschuss** geben, weil die Menschen, weil das Parlament, weil die Abgeordneten dieses Landtags ein Recht auf Aufklärung haben. Und das Recht werden wir durchsetzen.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Thomas Hölck [SPD])

Und ich weiß nicht, Herr Dr. Stegner, ob Sie sich darüber freuen sollten, denn wir werden uns inten-

siv auch mit Ihrer Rolle in den letzten Jahren bei der HSH Nordbank beschäftigen!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, bitte!)

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich gehe davon aus - lassen Sie mich das feststellen -, dass das Wort „Schmierenskomödiant“ nicht personenadressiert war. - Nun erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort. Gleichzeitig darf ich auf der Tribüne sehr herzlich unsere frühere Kollegin und die ehemalige Oberbürgermeisterin, die mit solchen Koalitionen Erfahrung hat, Angelika Volquartz, begrüßen.

(Beifall)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein steht vor gravierenden Problemen. Wir befinden uns mitten in einer internationalen Finanzkrise, die gerade beginnt, die Wirtschaft in ein tiefes Tal zu reißen. Wir stehen vor einem Einbruch der Einnahmen des Landes, der vermutlich ohnegleichen in der Geschichte ist und die großen Einbrüche von 2002 und 2005, als wir über 4 % Einnahmenrückgänge hatten, noch deutlich übertreffen wird. Wir stehen vor radikalen Weichenstellungen in der Klimapolitik, wenn wir nicht wollen, dass Ende des Jahrhunderts ein Drittel des Landes unter Wasser steht. Und wir stehen vor einer sozialen Krise, denn angesichts der Wirtschaftsentwicklung klappt die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander. Immer mehr Menschen im Land fragen sich, ob es noch gerecht zugeht, oder ob die reichen Nonnenmachers nicht immer mehr absahnen, während wachsende Arbeitslosenzahlen Menschen in Armut und Verzweiflung treiben.

Angesichts dieser Lage ist der Rosenkrieg, den sich die regierende Koalition in den vergangenen Monaten geliefert hat, unverständlich, unwürdig und unverzeihlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich hätte es sehr gut verstanden, wenn es in den letzten Monaten um inhaltliche Konzepte gegangen wäre. Einen solchen Streit

(Karl-Martin Hentschel)

hätte ich verteidigt. Denn Demokratie braucht den Austausch von Argumenten, der oft als Streit denunziert wird. Aber darum ging es nicht. Sie haben hier am Mittwoch - vorgestern - noch einmütig einen **Nachtragshaushalt** und ein Positionspapier verabschiedet, das Sie beide, beide Seiten der Großen Koalition, in höchsten Tönen als zukunftsweisend gelobt haben.

(Zuruf: So ist es!)

Es gab offensichtlich keine wesentlichen inhaltlichen Differenzen über diesen Kurs. Dabei war an Ihren Papieren gar nichts zukunftsweisend. Sie haben einen Haushalt verabschiedet, in dem nichts, aber auch gar nichts davon erkennbar war, dass Sie die Weichen in der Politik des Landes neu stellen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie haben ein Papier verabschiedet, dem man kaum noch etwas anderes als Realitätsverlust bescheinigen kann. Aber hat denn einer von Ihnen beiden irgendeine Kritik an diesem Papier geübt? Hat einer von Ihnen weitergehende Sparvorschläge gehabt? Hat einer von Ihnen weitergehende Weichenstellungen und eine andere Politik gefordert? Hat einer von Ihnen öffentlich ein Positionspapier vorgelegt, wie Sie die Probleme des Landes lösen wollen? - Ich muss feststellen: In allen Punkten Fehlanzeige.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Anstelle einer Auseinandersetzung um inhaltliche Konzepte gab es nur permanente Versuche, den Partner zu diskreditieren. Da schreibt die SPD Briefe, da streut der Finanzminister Gerüchte, die SPD sei im Koalitionsausschuss nicht vorbereitet gewesen, was die SPD postwendend dementiert. Da schreibt die SPD Briefe, die CDU hätte bei der Polizei operativ sparen wollen, was die CDU ebenso entschlossen postwendend dementiert. Da führt die CDU die SPD als verlogen vor, weil sie sich von den Beschlüssen der HSH Nordbank distanziert, obwohl ihre Vertreter im Aufsichtsrat gesessen haben. Da wirft die SPD Ministerpräsident Carstensen Lüge vor, weil er fälschlicherweise geschrieben hat, die Fraktionsspitzen hätten der Entscheidung zugestimmt.

(Zuruf: Fälschlicherweise!)

An all diesen Vorwürfen ist eine Menge zutreffend. Aber entscheidend ist doch: Diese Art der Auseinandersetzung hat nichts, aber auch gar nichts mit unterschiedlichen Positionen zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Hier geht es nicht im Geringsten um einen Streit in der Sache. Sie verhalten sich original so, wie ein verbittertes Ehepaar in einer zerrütteten Ehe: Jeder sucht nur noch gezielt nach den Stichworten, von denen er weiß, dass er den anderen maximal damit reizt und in Wut bringen kann.

Ich halte deshalb fest: Das Scheitern dieser Koalition liegt nicht darin, dass SPD und CDU inhaltlich nicht mehr zusammengefunden haben. Es liegt an der Unfähigkeit der Regierung, **Regierungshandeln** ordentlich zu organisieren, in der mangelnden sozialen Kompetenz der Akteure und in dem Mangel an politischen Visionen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Herren Carstensen, Stegner, Wiegard oder Wadephul, hören Sie auf, sich gegenseitig die Schuld zu geben! Niemand will das noch hören. Und ich sage das ganz besonders auch in Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf. Seien Sie ehrlich, suchen Sie die Schuld doch einmal bei sich selbst! Das kommt viel besser an.

Herr Carstensen, natürlich hat auch Ihre Staatskanzlei mit ihrem organisatorischen Chaos ganz erheblich zur Krise beigetragen. Unklare Entscheidungsstrukturen führen genau zu den Missverständnissen, aus denen dann in gereizter Atmosphäre erneut Misstrauen und Wut beim Partner produziert werden. Herr Carstensen, es wäre sehr gut, wenn Sie einsehen würden: Eine Staatskanzlei ist eine politische Schnittstelle, wo die Politik der Regierung koordiniert wird. Das ist kein Kumpelladen, wo man seine Buddies unterbringt, gute Laune pflegt und sich über den Koalitionspartner amüsiert. So kann man das Land nicht aus der Krise führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Herr Stegner, natürlich hat auch Ihr Ansatz, Politik als theatralische Veranstaltung zu verstehen, erheblich zur Situation beigetragen. Ja, man kann damit die Bühne beherrschen, das ist Ihnen wunderbar gelungen. Aber irgendwann laufen Sie dann Gefahr, dass die Bürgerinnen und Bürger das Stück nicht mehr sehen wollen. Dann wenden sich diese mit Grausen ab, weil sie schlicht und einfach nur noch ordentlich regiert werden wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Karl-Martin Hentschel)

Herr Wiegard, auch Ihnen hätte ein bisschen mehr Demut angesichts der Vergangenheit Ihrer Fraktion in der letzten Legislaturperiode gut angestanden. Wenn aber ein Finanzminister in der größten finanzielle Krise des Landes keine transparente Informationspolitik mehr über öffentliche Gremien und Pressekonferenzen macht, sondern nur noch mit Hintergrundgesprächen operiert, über die dann anschließend Sticheleien und Gerüchte über den Koalitionspartner verbreitet werden, dann trägt das nicht gerade zu einer Vertrauenskultur bei.

Angesichts dieser Art von Politik und Misstrauenskultur hatten wir als Opposition manchmal das Gefühl, dass wir überflüssig werden, weil die Regierung die Opposition gegen sich selbst gleich mitliefert und sich selbst zertrümmert. Den Schaden davon hat aber das Parlament als Ganzes. So zerstört man das Vertrauen der Menschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Ministerpräsident stellte vorgestern fest, dass er in dieser Regierung nicht mehr weitermachen kann, und fordert Neuwahlen. Deswegen haben wir hier gemeinsam mit der CDU, der FDP und dem SSW einen Antrag auf **Neuwahlen** gestellt, denn so geht es nicht weiter. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich: Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Abgeordneten der CDU, dass der Bruch der Koalition vorgestern kein Zufall war. Dieser Bruch ist seit Langem geplant, um die Landtagswahl gemeinsam mit der **Bundestagswahl** durchführen zu können.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Die CDU hofft, sich auf diese Weise im Schatten der Bundestagswahl durchschummeln zu können und zu einer schwarz-gelben Mehrheit mit der FDP zu kommen. Die CDU hatte die Befürchtung, dass bei einem Wahltermin im nächsten Jahr der Höhenflug der FDP wieder vorbei sei und sie insofern schlechte Karten habe. Die CDU flüchtet sich in die Wahlen, bevor der **Untersuchungsausschuss** noch weitere Vorgänge über die Katastrophe bei der HSH Nordbank und die Politik ihres Finanzministers aufdeckt. Sie hofft, so durchzukommen, ohne dass es zu einer politischen Auseinandersetzung über die gescheiterte Politik dieser Koalition in Schleswig-Holstein kommt.

Ich sage Ihnen deswegen an dieser Stelle: Wir werden, obwohl wir all das wissen, das Elend Ihrer Regierung nicht künstlich verlängern. Wir stimmen für den Antrag auf Auflösung des Parlaments. Wir werden Ihnen Ihre Taktik aber auch nicht einfach

durchgehen lassen. Wir fordern Sie heraus, um über die inhaltlichen Konzepte in diesem Land zu streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir fordern Sie auf: Schluss mit diesem Rosenkrieg! Wir wollen einen kreativen Wettstreit um Visionen. Ich sage das auch an die Adresse der SPD. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich erinnere mich sehr gut an einen Altbundeskanzler, der einmal sagte: Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen. - Das war in meinen Augen der Anfang vom historischen Niedergang der Sozialdemokratie.

(Lachen bei der SPD)

Ich bin überzeugt: Wir brauchen Visionen, wenn wir die Welt zum Besseren verändern wollen. Wie sonst wollen wir die Menschen in diesem Land dafür begeistern, dass ein Ruck durch diese Republik geht und wir uns der Zukunft zuwenden?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Worum geht es denn in diesem Wahlkampf? - Es geht in diesem Wahlkampf darum, wesentliche Fragen bezüglich der Zukunft dieses Landes zu klären. Da sind wir alle gemeinsam gefordert. Ich möchte Ihnen das an fünf zentralen Punkten erläutern.

Erstens. Es geht um die Frage - diese Frage stellt sich uns allen, egal, wer regiert -, wie wir 10 % der Ausgaben dieses Landes einsparen können, ohne das Land totzusparen. Das ist die Vorgabe der **Schuldenbremse**, an die wir gebunden sind. Die beiden zerstrittenen Regierungsfractionen haben uns vorgestern ein Konzept vorgelegt, in dem erstens keine Antwort auf diese Frage gegeben wird, und bei dem zweitens die Hauptlast der Einsparungen im Bildungsbereich liegt, weil sie glauben, dort den demografischen Faktor nutzen zu können. Wir haben Ihnen einen Gegenentwurf vorgelegt, der von Ihnen endlich den Mut zu einer radikalen **Verwaltungsreform** fordert. Wir brauchen eine radikale Reform der Kommunalverwaltungen, wie sie unsere Nachbarn in Niedersachsen oder in Dänemark längst durchgeführt haben. Wir brauchen eine radikale Reform der Verwaltungen des Landes, von den Katasterämtern bis hin zu den Straßenbaubehörden. Dazu gehört auch eine tabulose Diskussion über die Chancen eines gemeinsamen Nordstaats Nordelbien.

(Karl-Martin Hentschel)

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen darüber diskutieren, wie die Polizei und die Justiz, die bereits heute bis an die Grenzen des Zumutbaren belastet sind, strukturell entlastet werden können.

Nun zu der zweiten Frage, über die wir uns im Wahlkampf unterhalten müssen. Einige von Ihnen vertreten immer noch die Theorie, wir müssten erst die Wirtschaft zum Laufen bringen und den Haushalt sanieren, dann könnten wir uns den ökologischen und sozialen Problemen zuwenden. Ich halte genau das für einen gravierenden Fehler. Wenn wir schon Milliarden investieren, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen, dann bitte doch nicht so, dass wir versuchen, mit Abwrackprämien und Straßenbau die alten Strukturen zu erhalten und zu zementieren. Nein, wir sollten vielmehr mit intelligenten Programmen Anreize für den rapiden Ausbau von Windenergie und Solarenergie geben, wo die **Arbeitsplätze** der Zukunft derzeit zu Tausenden entstehen und weiter entstehen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir sollten die Rahmenbedingungen für den **Ausbau von Höchstspannungsleitungen** schaffen, um die Wasserkraftwerke in Norwegen, in den Alpen und in Norddeutschland sowie die Solarkraftwerke in Südeuropa oder in Nordafrika zu einem Verbund zusammenzuführen. Lassen Sie uns mit allen Kräften jetzt die Voraussetzungen schaffen, um ohne neue Kohlekraftwerke die Atomkraftwerke in 15 Jahren abzuschalten und die störanfälligen Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel schnellstmöglich stillzulegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie uns mit intelligenten Programmen die Wärmesanieierung unserer Wohnhäuser vorantreiben und so Tausende von Arbeitsplätze für das Handwerk allein in Schleswig-Holstein schaffen. Genau darum müssen wir streiten. Es geht darum, Finanzprobleme, Klimaprobleme, Umweltprobleme und soziale Probleme im Zusammenhang zu begreifen und abgestimmte Lösungskonzepte zu entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Frage, über die wir reden müssen, ist diese: Wir müssen in den kommenden Jahren die Weichen für eine **Bildungspolitik** stellen, die endlich mit der Chancengleichheit ernst macht. Wir brauchen einen flächendeckenden Einstieg in die Be-

treuung von Kindern unter drei Jahren, damit alle Kinder von Anfang an eine Chance haben. Wir brauchen ein Ende des Sortierens von Kindern nach sozialem Hintergrund, und wir müssen bei der Berufsausbildung und dem Studium dafür sorgen, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung bekommen und alle Begabungsreserven für das Studium mobilisiert werden.

Nun zu dem vierten Punkt, über den wir uns streiten und bei dem wir über Konzepte reden müssen. Angesichts der älter werdenden Menschen stellen sich in den kommenden Jahren zwei große Aufgaben, nämlich die Aufgabe des Ausbaus des **Gesundheitssystems** und die Aufgabe der Betreuung alter Menschen. Diese Aufgaben müssen wir anpacken. Wir müssen endlich verstehen, dass diese Herausforderungen eine Chance sind. Es geht um die Mobilisierung von Ressourcen. Es geht aber auch um einen Sektor unserer Wirtschaft, in dem in den kommenden Jahren in Deutschland Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstehen werden und entstehen müssen. Die Bewältigung dieser Chance müssen wir organisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fünftens. Dieser Punkt betrifft ganz stark die Union, und er betrifft auch unsere dominierenden landwirtschaftlichen Flächen in Schleswig-Holstein. Wir müssen endlich begreifen, dass **Naturschutz** und Landwirtschaft kein Gegensatz sein müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist ein großer Unsinn - hier spreche ich auch den Umweltminister an -, dass wir Hunderte von Millionen Euro in eine Landwirtschaft stecken, durch deren Folgen fast die Hälfte der Arten in Schleswig-Holstein vom Aussterben bedroht werden. Zugleich stecken wir dreistellige Millionenbeträge in Naturschutzprogramme, um die Schäden zu begrenzen und wieder etwas zu sanieren. Dieser Unsinn, in den wir seit vielen Jahren von der Agrarlobby getrieben worden sind, muss endlich aufhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir müssen die Agrarsubventionen endlich strikt an Naturschutzauflagen binden. So können wir viele Millionen sparen und einen radikalen Wandel im Verhältnis von Naturschutz und Landwirtschaft erreichen. Angesichts der Kämpfe, die wir in der Vergangenheit geführt haben, ist das für ein Flächenland wie das unsere lebensnotwendig.

(Karl-Martin Hentschel)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen fünf Punkte genannt - es gibt sicherlich noch viel mehr erwähnenswerte Punkte -, über die es sich wirklich lohnt hier im Parlament zu streiten. Ich habe sie ausgewählt, weil es sich um zentrale Zukunftsfragen handelt, die wir in den kommenden Jahren hier alle gemeinsam lösen müssen, egal, wer die Regierung stellt. Ich fordere Sie deshalb auf: Hören wir auf, uns gegenseitig zu beschädigen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Seien wir selbstkritisch! Auch wir Grüne haben während der Regierungsjahre Fehler gemacht. Das ist unbestritten. Auch wir haben zu wenig Anstrengungen unternommen, um für die kommenden Generationen zu sparen, obwohl wir uns Mühe gegeben haben. Es war ein Fehler, dass wir unter Rot-Grün den Spitzensteuersatz mehr gesenkt haben, als es in anderen europäischen Ländern geschehen ist. Es war ein Fehler, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammenzulegen, ohne zugleich flankierend den Mindestlohn und eine Entlastung der Niedrigverdiener durchgesetzt zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es hilft uns allen nicht, so zu tun, als seien nur die anderen die Blödmänner. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam daraus lernen! Lassen Sie uns für die Zukunft dieses Landes streiten! Die Große Koalition hat in dieser Konstellation vier Jahre Zeit gehabt, Politik für dieses Land zu machen. Sie hat aber kläglich versagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir werden dafür kämpfen, dass Schleswig-Holstein endlich wieder eine Regierung bekommt, die konstruktiv die Aufgaben der Zukunft in Angriff nimmt. Dafür werden wir streiten. Deswegen werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Das Wort für den SSW im Landtag hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit über zwei Jahren, seitdem klar ist, dass diese Koalition inhaltlich am Ende ist, fordert der SSW im Landtag und auf Parteitag **Neuwahlen**. Die Große Koalition hat uns wahrlich ausreichend Gründe gegeben, ein Ende des Bündnisses zu begehren. Ich lasse einmal dahingestellt sein, ob die SPD jetzt gerade am Mittwoch wirklich den entscheidenden Impuls zum Bruch der Koalition geliefert hat oder ob es nicht eher eine von langer Hand geplante Aktion der CDU ist, die kalendarisch motiviert ist. Denn letztlich ist es gleichgültig. Diese Koalition ist am Ende, weil der eine Bündnispartner ausgestiegen ist. Das müssen alle im Landtag und im Land so zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Hintergrund unterstützt der SSW alle Initiativen, die vorzeitige Neuwahlen herbeiführen, und wir haben uns selbstverständlich dem vorliegenden Antrag angeschlossen.

Für das Land Schleswig-Holstein und seine Menschen bedeutet ein vorzeitiges Ende dieser Koalition keinen Verlust, sondern einen politischen Frühling, einen Neuanfang.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren von der Großen Koalition geboten wurde, war mit Sicherheit nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler. Insofern ist es höchste Zeit, dass sie wieder das Wort erhalten. Das Parlament muss Verantwortung für das Land übernehmen und diese verkorkste Wahlperiode endlich beenden.

Denn es war weiß Gott eine verkorkste 16. Wahlperiode, deren Ende wir in der kommenden Woche besiegeln werden. Am Anfang stand der hinterhältige Sturz der Ministerpräsidentin durch einen politischen „Heckenschützen“, der sich bis heute in diesem Saal versteckt hält. Es gibt viele Mutmaßungen über die Motive dieser Tat: neben persönlichen Beweggründen wurde auch über die Furcht vor der Instabilität einer sehr knappen Mehrheit spekuliert. Letztlich wissen wir es nicht. Aber was wir mit Sicherheit wissen ist, das, was stattdessen folgte, war alles andere als handlungsfähig und stabil.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW hatte seine Bereitschaft zur Tolerierung einer Minderheitsregierung 2005 damit begründet, dass wir eine Große Koalition verhindern wollten,

(Anke Spoorendonk)

weil diese nicht gut für das Land ist. Die CDU und die SPD haben es auf herausragende Weise geschafft, unsere Vorurteile voll und ganz zu bestätigen.

Die Große Koalition hat einen entscheidenden Webfehler: Sie kann sich nicht auf politische Lösungen für wichtige Probleme verständigen; sie bedeutet zumeist Stillstand und zuweilen faule Kompromisse. Dies wurde zuletzt paradoxerweise gerade dadurch deutlich, dass die CDU und die SPD sich in der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses auf massive Einsparungen einigen konnten.

Es klappte nur, weil die SPD durch ihre Angst vor Neuwahlen gelähmt war und deshalb dem Diktat der CDU wenig entgegenzuhalten hatte. Unter normalen Bedingungen einer Großen Koalition mit zwei starken Partnern wäre dies niemals möglich gewesen. Bei normaler Betriebstemperatur produziert eine Große Koalition keine großartigen Lösungen, sondern allenfalls Lauwarmes.

Ich gestehe zu, dass es seit 2005 auch Fortschritte gegeben hat. Die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark ist richtig und wichtig. Auch das Verhältnis Schleswig-Holsteins zum Vatikan war seit der Reformation nicht mehr so herzlich wie heute.

(Heiterkeit)

Aber der größte Teil der letzten vier Jahre ist mit Streitigkeiten vergeudet worden: Schülerbeförderungsgebühren, kostenlose Kita, Haushaltssanierung, Nichtraucherchutz, Schuldenbremse, Beamtenbesoldung, Verwaltungsreform, Entbürokratisierung, HSH Nordbank, Personalabbau, Atomenergie. Diese zentralen politischen Themen verbindet in Schleswig-Holstein ein gemeinsamer Nenner: **Konflikte** zwischen der CDU und der SPD. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war in der Regel nur viel verschwendete Arbeitszeit. Das Leuchtturmprojekt des Scheiterns war die Kreisreform. Das traurigste Beispiel ist das Aus für eine bundesweit vorbildliche Justizreform. Die Liste der verpassten Chancen ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Die Landesregierung wird nun natürlich auf das neue Schulgesetz verweisen wollen, und damit hat sie auch recht. Die Einführung der Gemeinschaftsschulen, für die sich der SSW seit Jahrzehnten einsetzt, ist der größte Erfolg dieser Wahlperiode. Aber die **Schulreform** ist gleichzeitig auch ein Paradebeispiel für das CDU/SPD-Elend, sie trägt den Makel der Großen Koalition. Weil man sich nicht einigen konnte, wurden SPD-Schulen - sprich: Gemeinschaftsschulen - und CDU-Schulen - sprich:

Regionalschulen - eingeführt, und auch in der nachfolgenden bildungspolitischen Debatte, vor allem, wenn es um die Ausstattung der Schulen ging, vertrat jeder die Interessen der eigenen Schulform. Modern und zukunftssicher sieht anders aus.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die glühenden Anhänger einer Großen Koalition, die 2005 von großen Taten träumten und deshalb nicht zuletzt auf den SSW einprägelten, wurden enttäuscht. Die Große Koalition hat keine großen Taten vollbracht und keine schwierigen Reformen bewältigt. Im Gegenteil. Bei den allermeisten Problemen ist Schleswig-Holstein einer Lösung kein Stück näher als bei Regierungsantritt 2005. Das Gesamtwerk dieser Regierung trägt den Titel: „Die Unvollendete“.

Eigentlich spricht es ja fast schon wieder für die beiden großen Parteien, dass sie sich kaum darauf verständigen können, dass ein Schimmel weiß ist. Eigentlich widerspricht es ja den üblen Stammtischparolen von: Es ist egal, wen man wählt, die sind doch alle gleich. Aber dies ist keine Entschuldigung für fehlende politische Kompromisse, und dies ist zugegebenermaßen bei Weitem nicht die einzige Erklärung für dieses Trauerspiel. Natürlich hat die persönliche Chemie auch eine Rolle gespielt, und natürlich gibt es nicht einen guten und einen bösen Jungen in diesem Spiel.

(Zurufe: Doch!)

Sowohl Peter Harry Carstensen als auch Ralf Stegner haben in den vergangenen Jahren ihre Schattenseiten offenbart und nach Kräften zum Scheitern beigetragen.

Der Chef der Regierung hat sich jahrelang damit begnügt, als Landesvater über Dörfer und Marktplätze zu tingeln und Körperkontakt zum Bürger mit bürgernaher Politik zu verwechseln. Zu den wichtigen landespolitischen Themen schwieg er. Als die Finanzkrise und ihre Folgen entschlossenes politisches Handeln forderten, zauderte er und überließ die Arbeit anderen. Wir haben jetzt vier Jahre lang einen Ministerpräsidenten erlebt, der auf Volksfesten zur Hochform auflief, aber politisch versagte.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Carstensen hat gestern einen **Rücktritt** mit der Begründung zurückgewiesen, dies sei für einen erfolgreichen Ministerpräsidenten absurd. Angesichts

(Anke Spoorendonk)

der Bilanz seiner Regierung stellt sich allerdings die Frage, ob Herr Carstensen eigentlich der Unterschied zwischen politischem Erfolg und persönlicher Popularität bewusst ist. Wenn wir Peter Harry Carstensen einmal politisch erlebt haben, dann ging es um die Vertretung seiner machtpolitischen Interessen in Partei und Koalition. Auch der vermeintlich friedvolle Ministerpräsident hat es nicht immer vermocht, ganz ohne Schafspelz zu agieren.

Der Chef der SPD seinerseits hat keine Gelegenheit ausgelassen, sich vom Koalitionspartner und insbesondere vom Ministerpräsidenten abzugrenzen. Spätestens seitdem die Große Koalition den Fehler beging, den Ministerpräsidenten in spe, Ralf Stegner, vom Innenminister zum SPD-Fraktionsvorsitzenden zu befördern, liefen die Dinge endgültig aus dem Ruder. Immer wieder sprach Ralf Stegner wie ein Oppositionsführer, griff den Bündnispartner CDU feindselig in den Inhalten an, um anschließend doch mit der Koalition zu stimmen. Immer wieder wurden die Bürgerinnen und Bürger Zeugen von undiplomatischen und teilweise überheblichen persönlichen Bemerkungen über den Ministerpräsidenten und andere Koalitionspartner. Stegner hat selbst dann weiter provoziert, als längst klar war, dass er damit einen Koalitionsbruch riskierte und das Klima belastete.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wäre das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, nur ein Film gewesen, dann würde man es als rabenschwarze Tragikomödie bezeichnen. Es war ein Werk, das vermutlich von der Kritik wegen seiner absurden und unrealistischen Elemente zerrissen worden wäre. Im wirklichen Leben nennt man es Große Koalition. Sie wird hoffentlich für sehr viele Jahre wieder vom Spielplan verschwinden, denn sie tut unserem Land nicht gut.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte nicht verhehlen, dass ich in den letzten Jahren auch anderes gesehen habe. Ich kann verstehen, dass es unter diesen Bedingungen für diejenigen schwierig ist, die trotzdem noch versuchen, eine korrekte Politik zu machen und Ergebnisse zu erzielen. Denn diese Große Koalition besteht nun einmal aus mehr als zwei mimosenhaften Streithähnen.

Aber ich werfe allen Großkoalitionären vor, dass sie an der Macht festgehalten haben, obwohl für die Bürgerinnen und Bürger kaum etwas herauskam und obwohl bei der Bewältigung wichtiger politischer Probleme wertvolle Zeit vergeudet wurde.

Das hat Schleswig-Holstein nicht verdient, und das haben die Wählerinnen und Wähler bestimmt nicht so gewollt.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Koalition, die sich nicht einig werden kann und die diese Uneinigkeit wechselseitig durch mehr oder weniger persönliche Angriffe auf den Koalitionspartner zu Markte trägt, hat keine weitere Chance verdient. Seit vielen Monaten erleben wir nun einen unversöhnlichen Dauerkonflikt zwischen der CDU und der SPD, bei dem sich die Partner mit allem bewerfen und beschießen, was die politische Waffenkammer hergibt. Es reicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittlerweile kann sich niemand mehr der Illusion hingeben, dass die beiden Parteien wieder friedvoll miteinander leben, geschweige denn gemeinsam Projekte durchführen können. Nicht einmal die Beteiligten selbst glauben noch daran; das hat der Ministerpräsident ja schon deutlich gezeigt, als er am 24. April **Neuwahlen** offerierte. Die SPD hat diesen Scheidungsantrag ignoriert, aber nun legt die CDU-Landtagsfraktion nach und macht nochmals deutlich, dass der einzige Ausweg eine Trennung ist. Die Beziehung ist am Ende.

Leider haben das nicht alle Beziehungspartner verstanden. Die SPD benimmt sich gerade wie ein Ehepartner, der hilflos von einer rosenroten Zukunft träumt, während der andere schon die Umzugskisten aus der gemeinsamen Wohnung trägt. Im wirklichen Leben wirkt so etwas bestenfalls mit-leiderregend, aber meistens nur peinlich. Wacht auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr seid verlassen worden!

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt kein Zurück mehr. Selbst ein krankhafter Optimist kann sehen, dass es nur schiefgehen kann. Angesichts der nahenden Wahlen werden sich die betreffenden Herren weniger denn je das Schwarze unter den Fingernägeln gönnen. In der Großen Koalition würden sich die SPD und die CDU bis zum 9. Mai 2010 gegenseitig provozieren, sich geläutert zeigen, sich wieder bis aufs Blut reizen, sich wieder zusammenreißen und so weiter. Diese Spirale dreht sich schon seit fast zwei Jahren abwärts, und die Bürger fragen immer mehr, wozu sie eigentlich ei-

(Anke Spoorendonk)

ne Landesregierung benötigen, wenn diese keine Politik machen kann.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Landesregierung, aber diese Landesregierung ist nicht zu gebrauchen.

Man muss kein Politologe sein, um festzustellen, dass das Vertrauen in die Integrität der Landespolitik in den letzten Monaten auf dem tiefsten Punkt seit Jahrzehnten angekommen sein dürfte. Dazu hat das CDU/SPD-Bündnis nach besten Kräften beigetragen. Wir brauchen einen Neuanfang, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen ihn jetzt. Deshalb appellieren wir nochmals an die Kolleginnen und Kollegen der SPD: Vergesst alle Träume von einer glücklichen Beziehung mit der CDU! Es reicht nicht einmal mehr für ein Zweckbündnis. Deshalb gebt eure Stimme für die Auflösung des Landtags!

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sollte sich die SPD einer Auflösung des Parlaments verweigern, dann erwarten wir, dass Peter Harry Carstensen die Konsequenz aus der CDU-Initiative zieht. Er muss dann den Weg zu Neuwahlen freimachen, indem er im Landtag die **Vertrauensfrage**

stellt. Wir vom SSW garantieren dem Ministerpräsidenten, dass wir ihm nicht unser Vertrauen aussprechen werden.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Die Landesregierung hat nicht um das Wort gebeten. Weitere Wortmeldungen liegen damit nicht vor. Ich schließe die Beratung für heute.

Ich unterbreche die 45. Tagung. Wir setzen die Tagung am Montag, dem 20. Juli, um 11 Uhr wieder mit Tagesordnungspunkt 38 c) und mit den in der Ihnen zugeleiteten Aufstellung aufgelisteten Tagesordnungspunkten in der dort genannten Reihenfolge fort.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11:24 Uhr